

- Prof. Dr. Heide Pfarr, Hessische Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung;
- Ulrike Poppe, Mitglied des Verfassungskuratoriums, Berlin;
- Eva Rühmkorf, Ministerin a. D., Hamburg;
- Alice Schwarzer, Herausgeberin von "Emma", Köln;
- Antje Sedemund-Treiber, Präsidentin des Bundespatentgerichts, München;
- Dr. Elisabeth Steinhagen-Thiessen, Professorin an der FU Berlin, Chefärztin;
- Ulla Stöckl, Bundesfilmpreisträgerin;
- Georgia Tomow, Journalistin, Berlin.

Bereits am Vorabend, am Mittwoch, den 19. August 1992, um 18.30 Uhr, bittet Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt zu einem Empfang in den Innenhof der Benediktinerinnen-Abtei auf die Fraueninsel.

(-/10. August 1992/rs/fr)

DOKUMENTATION

Förderkreis DARMSTÄDTER SIGNAL: Selbstbeschränkung der Bundeswehr schafft Ansehen in der Welt!

Anlässlich einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Förderkreises DARMSTÄDTER SIGNAL am Wochenende in Geißen wurde folgende Erklärung beschlossen:

Im Rahmen der Diskussion um die Entwicklung des Auftrages der Bundeswehr ist in der Tat Verantwortung gefordert. Der Förderkreis DARMSTÄDTER SIGNAL weist darauf hin, daß die Aufgabe der Bundeswehr im Grundgesetz deutlich auf unmittelbare Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist, wie sich unter anderem aus dem Diensteid der Soldaten ergibt. Er lautet:

"Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen."

Im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes, die historische Rolle deutscher Soldaten, aber auch im Hinblick auf die Tatsache, daß sich kriegerischer Einsatz auch in jüngster Zeit nicht als taugliches Mittel der Konfliktlösung erwiesen hat, warnen wir vor der Hoffnung, über den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb der Grenzen internationales Ansehen gewinnen zu wollen.

Es gibt keine UNO- oder NATO-Norm, die uns verpflichtet, unser Grundgesetz zu verlieren. Deshalb unterstützen wir die Soldaten des Arbeitskreises DARMSTÄDTER SIGNAL in ihrem Bestreben, ihre Verantwortung in den Grenzen des Grundgesetzes wahrzunehmen.

Auch wenn eine Weltpolizei der Völkergemeinschaft derzeit manchem unentbehrlich erscheint, vertrauen wir langfristig auf die Einsicht der Menschen, daß Gewalt nicht mit Gewalt auszurotten ist. Auch innerstaatlich beseitigt man das Phänomen des Mordens schließlich nicht durch Wiedereinführung der Todesstrafe.

Langfristig erwarten wir die Entwicklung der Menschheit in eine friedliche Zukunft durch einen Ausgleich des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles, einem absoluten Stopp aller Rüstungsexporte und durch eine kritische Selbstbesinnung der Völker, die jetzt sinnlos kämpfen.

Hier kann die Bundesrepublik Deutschland echtes Ansehen gewinnen, zu dem die Selbstbeschränkung der Bundeswehr nicht im Widerspruch steht!

gez. Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter
(Vorsitzender des Förderkreises DARMSTÄDTER SIGNAL)

(-/10. August 1992/rs/fr)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 886846 pphn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Peter Conradi MdB zur Auseinandersetzung um die Gestaltung des Plenarsaals: Der Adler im Sommerloch.

Seite 1

Günther Heyenn MdB zu Äußerungen des Bundesarbeitsministeriums, der Minister wolle sich nicht in das Geschäft der Tarifpartner einmischen: Ist Blüm wirklich iernfähig?

Seite 2

Volker Neumann MdB zur Notwendigkeit, dem indonesischen Terror entgegenzutreten: Ost-Timor nicht vergessen!

Seite 3

Norbert Zeller MdL zu bildungspolitischen Erfahrungen in Baden-Württemberg: "Elitegymnasien" haben keine Zukunft.

Seite 4

47. Jahrgang / 152

11. August 1992

Der Adler im Sommerloch

Zur Auseinandersetzung um die Gestaltung des Plenarsaals

Von Peter Conradi MdB

Sprecher der SPD in der Bundesbaukommission

Und wieder schlägt der Plenarsaal-Adler mächtig mit den Flügeln: Die Erben des Künstlers Gies, der vor über 30 Jahren den Adler für den Bundestags-Plenarsaal gestaltete, haben - so hört man - das von der Bundestagspräsidentin vorgeschlagene Gespräch abgesagt. Offensichtlich wollen sie eine gerichtliche Klärung. Der Verdacht, es gehe ihnen nur um's liebe Geld, wird zurückgewiesen. Maßgebend seien allein ideelle Beweggründe. Nun denn.

Die Vermutung, die treibende Kraft hinter den Erben sei die Verwertungsgemeinschaft Bildkunst, ist wohl nicht abwegig. Mit einem derartigen spektakulären Prozeß will sich die bislang weithin unbekannte Verwertungsgesellschaft in der Öffentlichkeit bekannt machen und ihre Urheberrechtliche Stellung stärken. Das Ganze paßt gut in das Sommerloch, in dem viele Journalisten mühsam nach Stoff suchen.

Drei Anmerkungen zum Plenarsaal-Adler:

1. Der Bundestag hat in den letzten 30 Jahren den Plenarsaal-Adler von Gies in vielen Formen und für viele Zwecke verwendet. Im Interims-Plenarsaal im Wasserwerk hängt eine abgewandte Fassung. Auch im Reichstag hängt eine andere Fassung. Auf vielen Bundestagsdrucksachen prangt der Gies-Adler in vielen Formen. Zu keiner Zeit hat der Künstler oder seine Erben dagegen Einspruch erhoben.
2. Es gibt keinen Zweifel daran, daß der Gips-Adler aus dem alten Plenarsaal des Bundestags im neuen Plenarsaal nicht verwendet werden kann, und zwar aus konstruktiven und aus ästhetischen Gründen.
3. Der Architekt Behnisch hat die äußere Form des Gies-Adlers übernommen. In allem Anderen - Material, Farbe, Oberflächengestalt - entspricht der Adler nicht dem alten Adler. Es handelt sich um eine Neuschöpfung, die durch die äußere Form an den alten Adler erinnern soll. Das ist ein legitimes künstlerisches Verfahren. Das Zitat ist in der Architektur wie in der Malerei eine übliche Kunstfigur. In der Literatur und Musik sowieso: Der Künstler verweist mit ödem Zitat auf ein anderes Werk, zu dem er eine Beziehung herstellen will. So auch hier: die Betrachter sollen mit dem

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veränderte Umfang
des veränderten Adressen
Rechnung-Papier



äußeren Umriss des Adlers im neuen Plenarsaal an den Adler im früheren Plenarsaal erinnert werden. Es ist unwahrscheinlich, daß ein Gericht das Zitieren eines Kunstwerks verbietet, weil die Erben des Künstlers das nicht wollen.

In der sommerheißen Bonner Gerüchteküche wird inzwischen kolportiert, Joseph Haydns Erben hätten sich inzwischen auch gemeldet und die Verwendung der Komposition ihres Urahns als Nationalhymne untersagt. Insbesondere die ordinäre Militärmusik-Fassung bedeute eine Verunstaltung der Musik Haydns. Auch die Erben von Hoffmann von Fallersleben sollen Ansprüche angemeldet haben, weil aus dem Gericht ihres Urahns nur die 3. Strophe als Nationalhymne diene. Diese Amputation könne nicht hingenommen werden. Der Bundestag sieht interessanten Prozessen entgegen.

(-/11. August 1992/rs/fr)

Ist Blüm wirklich lernfähig?

Zu Äußerungen des Bundesarbeitsministeriums, der Minister wolle sich nicht in das Geschäft der Tarifpartner einmischen

Von Günther Heyenn MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Herr Blüm will sich angeblich nicht in das Geschäft der Tarifvertragsparteien einmischen. So hat der Sprecher des BMA den Vorschlag des schleswig-holsteinischen Sozialministers Günther Jansen kommentiert, der angeregt hatte, die mit Einführung einer Pflegeversicherung steigenden Lohnnebenkosten über einen Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei zukünftigen Arbeitszeitverkürzungen zu kompensieren.

Abgesehen davon, daß mir die permanenten und isolierten Diskussionen um die Lohnnebenkosten ebenso wenig wie deren angebliche eigenständige Bedeutung für den Wirtschaftsstandort einsichtig ist, wäre es schön, wenn den Worten von Herrn Blüm Glauben geschenkt werden könnte. Denn, in der Tat, die Tarifautonomie in der Bundesrepublik hat sich bewährt, die Tarifvertragsparteien sind mit ihr verantwortungsvoll umgegangen und haben damit entscheidenden Anteil am erreichten wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land. Deshalb sind alle politisch Verantwortlichen gut beraten, die Klärung tarifpolitischer Fragen auch zukünftig jenen zu überlassen, die davon am meisten verstehen, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern also.

Aber: Die amtierende Bundesregierung schickt sich gerade an, diese grundgesetzlich garantierte und für die soziale Marktwirtschaft konstitutive Institution auszuhebeln und nachhaltig zu schwächen. Mit der immer noch vorgesehenen Wiedereinführung von Karenztagen sollen in verfassungswidriger Weise gültige Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden, die zeitlich befristete Aushebelung von Tarifverträgen zumindest in den neuen Bundesländern ist im Kabinett bereits beschlossen. Dies sind die bitteren Realitäten, sie stehen im krassen Widerspruch zu den schönen Worten des Herrn Blüm.

(-/11. August 1992/rs/fr)

Ost-Timor nicht vergessen!

Zur Notwendigkeit, dem indonesischen Terror entgegenzutreten

Von Volker Neumann MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Nur ein halbes Jahr nach dem Massaker, das das indonesische Militär an einer Trauergemeinde verübte, ist die tragische Situation in dem von Indonesien besetzten Ost-Timor bereits wieder in Vergessenheit geraten. Der Vorfall wurde untersucht, Gesandte nach Ost-Timor geschickt, aber die Lage des besetzten Landes hat sich nicht verbessert. Das Gegenteil ist der Fall.

Die zweihundert Opfer des Massakers sind nur die Spitze des Eisbergs. Es wird geschätzt, daß während der indonesischen Militärbesatzung seit 1975 circa 200.000 von 700.000 Ost-Timoren ihr Leben lassen mußten. Das indonesische Militär versucht mit allen Mitteln, die Opposition auszumerzen. Im Ausland wird das jedoch nur zur Kenntnis genommen, wenn ein Massaker, wie im November 1991, zufällig von ausländischen Journalisten beobachtet wird.

Die UNO betrachtet Ost-Timor weiterhin als portugiesisches Protektorat und seine Besetzung als Verstoß gegen das Völkerrecht. Wo jedoch anfangs noch der UNO-Sicherheitsrat Resolutionen verabschiedete, gelingt es heute noch nicht einmal der UNO-Menschenrechtskommission, sich auf eine Verurteilung Indonesiens zu einigen. Die meisten Staaten haben die Integration Ost-Timors in das indonesische Staatsgebiet zwar nicht anerkannt, ihr Verhalten ließ jedoch die Entschlossenheit, die sie angesichts der Besetzung Kuwaits zeigten, vermissen. Außer Holland hat sich kein Staat zu wirklich drastischen Maßnahmen gegen Indonesien entschlossen. Portugal hat sich in der EG mit seinem Boykottvorschlag nicht durchsetzen können.

Währenddessen verhandeln Indonesien und die ehemalige Kolonialmacht Portugal bereits seit zehn Jahren über Ost-Timor. Die Verhandlungen finden ohne ost-timorensische Beteiligung statt und haben bis heute noch zu keinem Ergebnis geführt. Dennoch hält die deutsche Bundesregierung dies für "den geeigneten Weg", eine Lösung herbeizuführen. Weiterhin wird Militär- und Polizeihilfe an Indonesien geleistet, von der die Bundesregierung nicht der Ansicht ist, daß sie sich "nachhaltig für die Lage der Menschen in Ost-Timor auswirkt", gerade erst wurden 39 Kriegsschiffe an Indonesien geliefert, da es "kein Krisengebiet" sei. Einer der für das Massaker verantwortlichen Offiziere hält sich trotz Suspendierung zu einem Lehrgang in den USA auf. Er könnte genauso auch in der Bundesrepublik sein, denn nach wie vor bildet die Bundeswehr indonesische Offiziere fort.

Es wird höchste Zeit, daß die Bundesregierung ihren Lippenbekenntnissen zum Thema Menschenrechte auch Taten folgen läßt und:

- Militär- und Polizeihilfe sowie Waffenlieferungen an Indonesien einstellt
- sich auf EG- und UNO-Ebene dafür verwendet, daß international Druck auf Indonesien ausgeübt wird, damit es das Recht auf Unabhängigkeit Ost-Timors anerkennt
- bei Indonesienbesuchen diesen Standpunkt nachdrücklich gegenüber der indonesischen Regierung vertritt.

(-/11. August 1992/rs/fr)

"Elitegymnasien" haben keine Zukunft
Zu bildungspolitischen Erfahrungen in Baden-Württemberg

Von Norbert Zeller MdL

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Die "Elitegymnasien" in Baden-Württemberg sind ein viel zu teures Modellprojekt. Die Kosten sind durch die außerordentlich schwache Nachfrage nicht länger zu rechtfertigen. Nach den bis jetzt - eine Woche vor Beginn des neuen Schuljahres - vorliegenden Anmeldezahlen sind die Bedenken, die die SPD bei Beginn der Modellversuche geäußert hat, noch übertroffen worden.

Die aufwendige Spezialförderung der vier achtjährigen Gymnasien darf nicht weiterlaufen, angesichts Anmeldezahlen, die trotz massiver Werbung durch das Kultusministerium von einem schon anfangs äußerst geringen Niveau sogar noch weiter absinken. Dabei muß man die 34 Neuanmeldungen in Meersburg sogar aus der Gesamtbetrachtung herausnehmen, weil sie ihre Ursache vor allem darin haben, daß hier, abgesehen von Internatsschulen, ein "normales" Gymnasium mit neun Jahren gar nicht zur Verfügung steht. 24 Neuanmeldungen in Stuttgart, 15 in Rastatt und sage und schreibe gerade noch acht in Kirchzarten - das zeugt von einer Nachfrage, die die optimistischen Erwartungen aus der letzten Wahlperiode widerlegt.

Fazit: Das Modellprojekt achtjähriges Gymnasium ist gescheitert, es darf deshalb keinen Monat länger als notwendig weiterlaufen. Wir erwarten vom zuständigen Ministerium, daß es sich umgehend mit den Konsequenzen aus dieser Bilanz befaßt und das Auslaufen des Versuchs so steuert, daß die betroffenen Schüler nicht auch noch Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Angesichts des unerwartet hohen Zustroms von Schulanfängern wäre ein Festhalten an den sogenannten Eliteschulen unververtretbar. Man kann schon jetzt absehen, daß in allen Schularten mit empfindlichen Einbußen an Unterrichtsqualität zu rechnen wäre, selbst wenn die zusätzlichen Lehrstellen auf Grund der Koalitionsvereinbarung sofort geschaffen würden. Es ist nicht vermittelbar, daß überall in viel größer gewordenen Klassen gerade noch der Pflichtunterricht unter erheblichen Schwierigkeiten erteilt werden könnte, wenn man sich gleichzeitig in wenigen ausgewählten Schulen Mini-Klassen leistet. Dies widerspricht dem Prinzip der Chancengleichheit im Bildungswesen und wäre ein Rückfall in längst überwunden geglaubte elitäre Strukturen. Und das ist mit der SPD nicht zu machen.

(-/11. August 1992/rs/fr)
